

Debatte über die Unfehlbarkeit des Marktes

Grundsätzliche Irrtümer

Bis zum Ausbruch der Finanzkrise vor fünf Jahren glaubten viele, daß Märkte und ihre Mechanismen aus sich selbst heraus „Gerechtigkeit und Gemeinwohl“ produzieren. Eine Diskussion über die „angemessene Rolle von Märkten“ sei dennoch ausgeblieben, klagte der US-Philosoph Michael Sandel kürzlich in der *Wirtschaftswoche*. Überlegungen des Währungsfonds (IWF), die Staatskassen mittels Teilentwöhnung von Sparern und Hausbesitzern zu füllen, um das Kasino aus Zinsmanipulation, Kreditzinsen und Geldwerterrosion weiter garantieren zu können, deuten eher auf eine neue Eskalationsstufe (JF 46/13).



VON
MICHAEL
WIESBERG

»Die soziale Marktwirtschaft funktioniert nur im nationalstaatlichen Rahmen.«

Sandel, dessen Denken um den Begriff der Gerechtigkeit kreist, geht es indes vornehmlich um die Frage, was für Konsequenzen eine Philosophie entfaltet, in der alles zum Verkauf stehe. Das Marktdenken habe „unser gesamtes Leben überformt: Familie, Beziehungen, Gesundheit, Politik, Recht – alles“. Der grundsätzliche Irrtum sei die Vorstellung, daß Märkte, wenn man sie gewähren lasse, auch Gerechtigkeit und Gemeinwohl „produzieren“. Hierin liege der verführerische Reiz dieses Denkens: es scheine uns „neutrale Lösungen“ für alle Fragen des Zusammenlebens anzubieten, ohne daß wir komplizierte Debatten über die Grundlagen des Zusammenlebens führen müßten. Der Harvard-Professor argumentiert hier in kommunitaristischer Weise, indem er darauf verweist, daß jeder Mensch sozialisiert und

von Gruppen, Traditionen und Gemeinschaften geprägt ist. Er steht damit im Widerspruch zur libertären Kritik, der er vorwirft, partikuläre und soziale Werte zu ignorieren und auf einem abstrakten Freiheitsbegriff aufzubauen. Die höchste Priorität innerhalb der Gesellschaft sollte aber nicht die Freiheit des Menschen haben, sondern der Nutzen bzw. das „Gute“ des Menschen und der Gemeinschaft, in der er lebt.

Aus europäischer Perspektive lesen sich Sandels Ausführungen wie ein Plädoyer für die deutsche soziale Marktwirtschaft. Dieses Modell hat bis zu seiner Demontage durch hemmungslose Überdehnung und Aushöhlung gezeigt, daß sich Kapitalismus und soziale Verantwortung nicht ausschließen müssen und sogar eine erfolgreiche Synthese eingehen können. Der rheinische Kapitalismus mit seiner längst ausgeschlachteten „Deutschland AG“ war die bis heute erfolgreichste Antwort auf sein angelsächsisches Pendant, in dem die Gier nach kurzfristigem Profit systemimmanent ist. Allerdings funktioniert das Solidaritätsprinzip, auf dem die soziale Marktwirtschaft basiert, nur im nationalstaatlichen Rahmen. Der über die EU erzwungene Versuch, dieses Prinzip zu europäisieren, muß letztendlich zur Zerstörung des Sozialstaates führen.

Es bedarf nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, daß „die Menschen“ dann dem ausgeliefert sind, was Sandel unheilvoll „Vernutzung durch die Gesetze des Marktes“ nennt.

Streit um Förderung von Offshore-Windparks

Volkswirtschaftlicher Unsinn

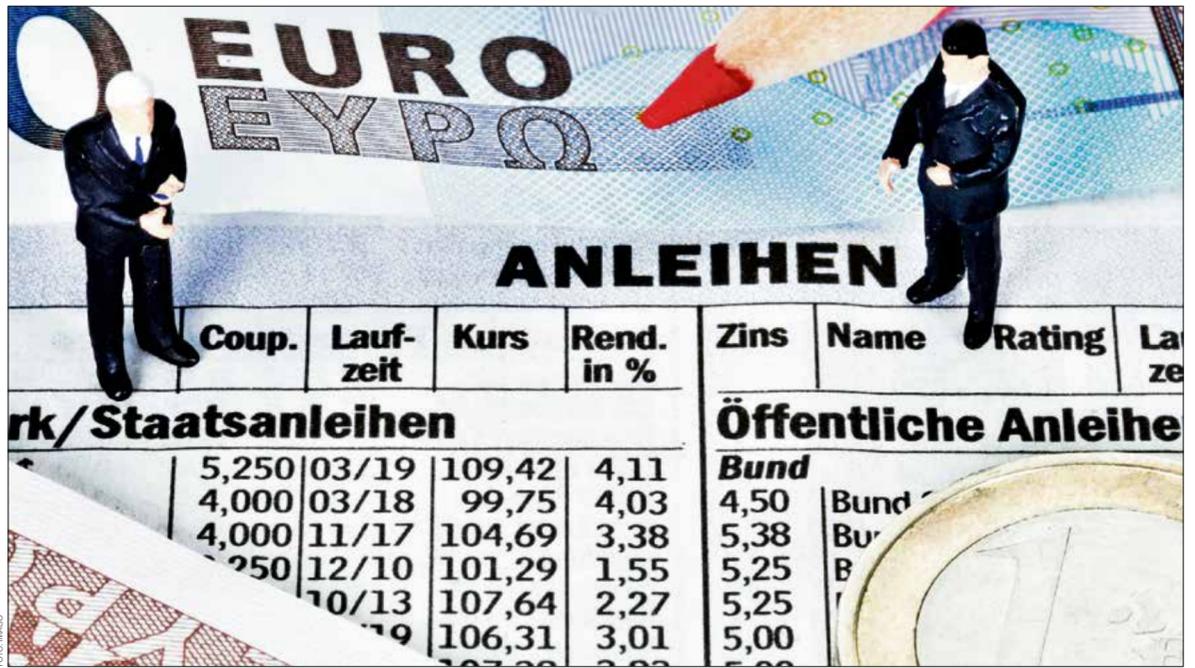
Von Jörg Fischer

Für den SPD-Parteivorstand sind die monatlich 150 Euro Betreuungsgeld für Mütter, die ihre ein- bis zweijährigen Kinder nicht in fremde Obhut geben wollen, „volkswirtschaftlicher Unsinn“. Die knappen öffentlichen Mittel sollten hingegen zur Subventionierung von Krippen- und Kindergartenplätzen eingesetzt werden – Kostenpunkt bis zu 1.000 Euro pro Monat.

Nun sieht Erwin Sellering neuen „volkswirtschaftlichen Unsinn“ nahe, denn die Große Koalition will die Ausbauziele für Windparks in Nord- und Ostsee drastisch senken. „Je weniger Windkraft auf See wir haben, desto mehr und desto länger brauchen wir konventionelle Kraftwerke“, klagte der SPD-Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern in der *Welt*. Seine westlichen SPD-Amtskollegen halten Offshore-Windparks hingegen für „die teuerste Form der Energiewende“. Doch wer wirklich volkswirtschaftlichen Unsinn beenden will, der müßte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

streichen. Mehr als 20 Milliarden Euro im Jahr kostet die Zwangseinspeisung von Sonnen-, Wind- oder Biogasstrom die deutschen Verbraucher – Tendenz steigend (JF 43/13).

Am unsinnigsten sind nicht Windkraft-, sondern Photovoltaikanlagen, deren Betreiber für 20 Jahre garantiert zwischen 18 und 24 Cent pro Kilowattstunde erhalten. Etwas günstiger sind die bis zu 14 Cent für Biomassestrom und die fast 9 Cent für Windräder. Der bislang wenige Strom aus tendenziell grundlastfähigem Offshore-Wind wird mit 19 Cent vergütet, aber nur acht Jahre lang. Danach sind es für zwölf Jahre 3,5 Cent – das ist allerdings weit mehr als derzeit für Kohlestrom fällig wird. Solarzellen in Kalifornien, Strom aus Reststoffen, Windräder an stürmischen Küsten – das kann sich lohnen, auch ohne Subventionen. Aber warum werden mit der EEG-Zwangsumlage die chinesische Solarbranche und die Vermaisung deutscher Agrarlandschaften für die Biogasgewinnung alimentiert?



Gemeinsame Staatsanleihen zur Rettung der Krisenländer: Deutschland erwachsen empfindliche Nachteile und hohe Kosten daraus

Willkommen in der Realität

Euro-Krise: Die Einführung von Eurobonds brächte erhebliche Umverteilungseffekte und Fehlanreize mit sich

DIRK MEYER

Obwohl George Soros vor mehr als fünf Jahrzehnten nach Amerika ausgewandert, fühlt sich der „legende US-Großinvestor“ (*Spiegel*) mit Europa noch immer verbunden. Die Stiftungen des aus Budapest stammenden Fondsmanagers unterstützen beispielsweise vor und nach der Wende Dissidenten und die Demokratiebewegungen in den Ländern des früheren Ostblocks. Und seit Ausbruch der Euro-Krise kommt Soros bei seinen Besuchen auf dem Alten Kontinent immer auf ein Thema zu sprechen: Eurobonds.

Gemeinschaftliche Haftung ist keinesfalls neu

Und Soros steht mit seiner Forderung nach staatlichen Schuldtiteln mit gemeinschaftlicher Haftung nicht allein. Eurobonds sind Dreh- und Angelpunkt der Frage, in welche Richtung sich die Euro-Zone zukünftig bewegen soll. Bereits 2010 unternahm der Chef der Euro-Gruppe, der damalige luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker, und Silvio Berlusconi Finanzminister Giulio Tremonti einen ersten Vorstoß.

Es folgte 2011 ein Grünbuch der EU-Kommission zu „Stabilitätsanleihen“, 2012 brachte der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den Schuldentilgungsfonds ins Gespräch. Neuerdings sieht auch der von der früheren französischen Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde geführte Internationale Währungsfonds (IWF) in den Eurobonds einen zentralen Baustein für eine europäische Fiskalunion (JF 42/13).

Dabei sind Eurobonds im Krisenmodus der Politik der Rettungsschirme (EFSF, ESM) bereits unterschwellig Realität. So haften die Mitglieder für Garantien und Kredite der Rettungsschirme bereits anteilig. Eine implizite Haftung beinhalten ebenso die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie die Target-Kredite, deren Brisanz Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn in seinem Buch „Die Target-Falle – Gefahren für unser Geld und unsere Kinder“ (JF 44/12) umfassend erläutert.

Zentral geht es um die Schuldentragfähigkeit der Krisenstaaten. Sie hängt von der Bedienung aus nachhaltigem, verfügbarem Einkommen beziehungsweise der Wirtschaftsleistung eines Landes ab. Daneben können Sicherheiten die Tragfähigkeit steigern: Gold, Immobilien, Beteiligungen, Infrastruktur oder eben fremde Sicherheiten. Eurobonds machen die Schuldentragfähigkeit der gesamten Euro-Zone zugunsten der instabilen Länder nutzbar.

Die Euro-Krisenländer beanspruchen de facto den Haftungspool der solventen Mitglieder als externe Sicherheit. Damit sinkt das Kreditrisiko für die Anleger und Fondsmanager, die deshalb allerdings weniger Zinsen verlangen können. Um die Finanzmärkte glaubhaft zu beruhigen und damit den Zugang der Krisenstaaten offenzuhalten, müssen die Kreditmittel jedoch unbegrenzt, ohne Auflagen und zu niedrigen Zinsen zugänglich sein. Dies erklärt auch die Diskussion um eine Banklizenz für den ESM sowie die Lockerung der Auflagen für die Kreditvergabe. Gleiches gilt für das Anleihekaufprogramm *Outright Monetary Transactions* (OMT) der EZB, das – volumenmäßig unbegrenzt und jeglicher parlamentarischer Kontrolle entzogen – besonders attraktiv und wirksam erscheint.

Eurobonds erlauben den Zugang der Krisenländer zum Kapitalmarkt auch bei Versagen dieser fiskalischen und monetären Rettungsschirme. Sie vermeiden die offene Insolvenz und dienen als Ersatz für eine fehlende EU-weite Fiskalpolitik. Damit wird ein zentraler Schritt in Richtung einer bundesstaatlichen Transferunion getan. Allerdings behindern derzeit noch rechtliche Bedenken hinsichtlich des Beistandsverbots der EU wie auch des deutschen Haushaltsrechts die Einführung.

Zinsanstieg und Kapitalabwanderung

Bei einer öffentlichen Gesamtverschuldung der 17 Euro-Länder von 8,8 Billionen Euro ermöglichen Eurobonds einen homogenen Euro-Anleihemarkt, der aufgrund seines hohen Handelsvolumens gewisse Vorteile böte. Die Schaffung dieser Anleiheklasse würde die Steuerung der Geldpolitik der EZB vereinfachen und die Refinanzierung der Banken erleichtern. Der Spekulation gegen einzelne Mitgliedstaaten wäre der Boden entzogen. Was aus Sicht der Krisenländer wünschenswert wäre, ist unter volkswirtschaftlichen Aspekten jedoch höchst fragwürdig.

Mit der Einführung von Eurobonds sind erhebliche Umverteilungseffekte verbunden. Sie sind für das jeweilige Land um so größer, je höher der Zinsunterschied der nationalen Staatsanleihen gegenüber den Eurobonds ist. Mit dem Umfang der als Eurobonds begebenen Staatsschulden wirkt sich dieser Effekt auf die Zinslast aus. Für die solventen Mitglieder kommen bei gesamtschuldnerischer Haftung die tatsächlichen Ausfallkosten hinzu, da hier nicht nur für den eigenen Anteil, sondern auch für die anderen (ausfallenden) Anteile gehaftet

wird. Schätzungen geben die Zusatzkosten bei einer vollständigen Umstellung für Deutschland mit 20 bis 47 Milliarden Euro jährlich an. Damit verbunden ist ein Mangel an Transparenz, denn die Mehrkosten sind zwar haushaltswirksam, aber in der Höhe nicht explizit offengelegt. Dies erleichtert die Durchsetzung gegen politische Widerstände, da das Ausmaß der geleisteten Transfers verschleiert werden kann.

Die unentgeltliche Risikoabwälzung der Krisenstaaten stellt eine Versicherung ohne Gegenleistung dar, die Fehlanreize erzeugt. Notwendige Strukturreformen werden weniger dringlich. Der Marktmechanismus, der steigende Renditen als gewollten Korrekturmechanismus beinhaltet, wird außer Kraft gesetzt. Die Zinssubventionierung führt zu einer Kapitalfehlleitung in die instabilen Länder.

Umgekehrt zeigt der Zinsanstieg in den stabilen Mitgliedstaaten die Gefahren einer Schwächung durch eine Haftung für Zahlungsausfälle anderer Mitglieder. Dieser Zinsanstieg könnte sich in Deutschland bei Hypothekenkredit und Unternehmensanleihen fortsetzen, da Investoren Steuererhöhungen und Vermögensabgaben im Krisenfall erwarten. In der Höhe wandert Kapital in die Krisenländer und in das übrige Ausland – mit negativen Wachstumseffekten für die unterstützenden Staaten.

Im Gegensatz zu den EU-Politikern bestreitet George Soros die möglichen negativen Auswirkungen nicht. Und er ist so ehrlich, offen zu fordern: Deutschland müsse zur Euro-Rettung eben „mehr Verantwortung übernehmen“.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. In seinem jüngsten Buch „Euro-Krise. Austritt als Lösung?“ (Lit Verlag 2012) analysiert er Alternativen zur Euro-Rettungspolitik.

Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst - Hohenzollerndamm 27a - 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 • Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25
Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: _____ Kundennummer: _____
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! (falls zur Hand)

Vorname/Name: _____
Straße/Nr. (kein Postfach): _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____ E-Post: _____

Datum/Unterschrift: _____
Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand
gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Walter Krämer
Kalte Enteignung
Wie die Euro-Rettung uns um Wohlstand und Renten bringt

Krämer enthüllt, wie die deutschen Sparer und Rentner in den nächsten zehn Jahren enteignet werden und wer davon profitiert: die Gläubiger der europäischen Banken, griechische Milliardäre und spanische Fußballclubs... Was sind die aktuellen Gefahren für unser Geld, wie sind wir so weit gekommen und wie geht es weiter?

232 S., Pb.
Best.-Nr.: 92062 EUR 19,99

Dominik Geppert
Ein Europa, das es nicht gibt
Die fatale Sprengkraft des Euro

Der Euro spaltet Europa. Statt eines Abbaus zwischenstaatlicher Konflikte, der Bewahrung von Recht und Demokratie sowie wachsenden Wohlstandes erleben wir das Gegenteil: zunehmenden Nationalismus, die Gefährdung der sozialen Marktwirtschaft und die Entmachtung der Parlamente.

192 S., geb.
Best.-Nr.: 92128 EUR 16,99

Martin Hellwig, Anat Admati
Des Bankers neue Kleider
Was bei Banken wirklich schief läuft und was sich ändern muß.

Wer bezahlt, wenn wieder eine Bank aus dem Ruder läuft? Sparer und Steuerzahler! Trotzdem schaffen es die Bankmanager immer wieder, sich strengerer Reglements zu entziehen. Anat Admati und Martin Hellwig zeigen, wie das Bankensystem sicherer gestaltet werden könnte.

528 S., geb.
Best.-Nr.: 92126 EUR 24,99

David Marsh
Beim Geld hört der Spaß auf
Warum die Eurokrise nicht mehr lösbar ist

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ – dieses Gorbatschow-Zitat gilt auch für alle jene, die noch immer an ihrer stümperhaften „Euro-Rettung“ festhalten. Ein Ausweg läge in einer europaweiten Wachstumspolitik und der Abwehr der Begehrlichkeiten leistungsschwacher Länder.

176 S., Pb.
Best.-Nr.: 92068 EUR 10,00

Henry M. Broder
Die letzten Tage Europas
Wie wir eine gute Idee versenken

In Spanien werden EU-Kritiker von der Polizei niedergeprügelt, die EU regelt das Gemüse, nicht aber die Außenpolitik, und ein Spitzenpolitiker erklärt, Europa könnte wegen seiner Demokratie-defizite kein Mitglied der EU werden. Ein wahrer Europäer geht mit einem absurden System ins Gericht!

224 S., geb.
Best.-Nr.: 92074 EUR 19,99

Hans-Olaf Henkel
Die Euro-Lügner
Unsinnige Rettungspakete, vertuschte Risiken – So werden wir getäuscht

Das Debatten-Buch gegen das Märchen von der Alternativlosigkeit der Euro-Rettung, die präziseste Analyse der Krise. Henkel macht es sich zur Aufgabe, den Finger auf die Schwachstellen der Euro-Rettungspolitik zu legen, mutige Wege aus der Krise zu suchen. Vor allem aber nennt er die beim Namen, die uns über die Gefahren zu täuschen versuchen. 200 S., geb.

Best.-Nr.: 92040 EUR 19,99

Wilhelm Hanel
Die Euro-Bombe wird entschärft

Es brennt allenthalben im Euro-Land. Lösversuche lassen schon jetzt erkennen, daß am Ende ein gigantischer „Wasserschaden“ in Form von Inflation und Werteverlust droht. Wilhelm Hanel war der Euro-Skeptiker der ersten Stunde, weil er als Währungsexperte die kommenden Gefahren kannte. Darum ist er heute in der Lage, den Königsweg aus der Krise zu weisen.

176 S., geb.
Best.-Nr.: 91891 EUR 19,99